

Manon Schick, Geschäftsleiterin Amnesty International Schweiz

Neue Wege für eine gerechte, glaubwürdige und faire Asylpolitik

Die Debatte um die Asylpolitik schlägt in der Schweiz derzeit hohe Wellen. Im Oktober gab die Kampagne «Jetzt ist genug» von Amnesty International zu reden, die Politiker in der Haut von Asylsuchenden zeigte. Kurz darauf wurde das Referendum gegen die vom Parlament in der Herbstsession beschlossenen Verschärfungen des Asylrechts lanciert. Die SVP wiederum hat für nächstes Jahr bereits eine neue Initiative angekündigt, die auch Internierungslager für Asylsuchende vorsieht.

Seit seinem Inkrafttreten im Jahr 1981 ist das schweizerische Asylgesetz rund zehn Mal revidiert worden. Mit jeder dieser Revisionen wurden die Bedingungen für Asylsuchende etwas mehr verschärft, zuletzt im vergangenen September. Die nächste Verschärfung wird aller Voraussicht nach im Dezember verabschiedet, wenn das Parlament namentlich über eine Ausweitung des Nothilferegimes abstimmt. Gegen diese Revisionen wurden bisher insgesamt fünf Referenden lanciert (die laufende Unterschriftensammlung noch nicht mitgerechnet), eines davon scheiterte an der Unterschriftensammlung, vier kamen zur Abstimmung. Jedes dieser Referenden wurde vom Volk abgelehnt.

Es ist Zeit, aus diesem Teufelskreis von Verschärfungen des Asylgesetzes und Referenden dagegen auszubrechen. Jedes Mal fügt das Parlament dem Gesetz noch ein paar restriktive Massnahmen mehr hinzu, in der Hoffnung, so die Zahl der Asylsuchenden in unserem Land zu senken. Doch die reale Abschreckungswirkung bleibt gering: die Zahl der Menschen, die in unserem Land Asyl suchen, hängt weit mehr von der geopolitischen Lage ab als von der Härte unserer Asylgesetze. Die Personen hingegen, die bei uns Anrecht auf einen Flüchtlingsstatus hätten, geraten immer mehr unter Druck. Mit anderen Worten: die Verschärfungen des Asylrechts haben keine Abschreckungswirkung, sondern negative Folgen für Flüchtlinge und ihre Integration in der Schweiz.

Wenn wir heute eine gerechte und faire Asylpolitik garantieren wollen, braucht es einen Paradigmenwechsel. Deshalb hat die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der Juristen und Asylexpertinnen von Hilfswerken und von Amnesty International nach neuen und konstruktiven Wege suchen, um aus der heutigen sterilen Asyldebatte herauszufinden. Wir haben neun Vorschläge für eine gerechte, glaubwürdige und faire Asylpolitik erarbeitet, angefangen beim Rechtsschutz, der Asylsuchenden zusteht, bis zu Vorschlägen für die Betreuung und Beschäftigungsprogrammen, die verhindern können, dass zum Müsiggang gezwungene Flüchtlinge Delikte begehen.

Diese Vorschläge wurden anlässlich eines Workshops Anfang Oktober dem Bundesamt für Migration (BFM) präsentiert. Wichtig ist nun, dass die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft weiter geht und institutionalisiert wird: Wir appellieren an das BFM, einen Runden Tisch zu schaffen, an dem die politischen Parteien, die Zivilgesellschaft, das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge und die Kantone vertreten sind, um über ein neues Modell für das Asylverfahren zu diskutieren.

Das Recht auf Asyl steht nicht zur Disposition. Die Schweiz kann nicht selbständig entscheiden, ob sie es gewähren will oder nicht. Es ist ein Recht, das die Internationale Flüchtlingskonvention jeder Person garantiert, welche die Kriterien erfüllt. Unser Land muss deshalb einen Anwendungsmodus finden, der Flüchtlingen ihre Rechte garantiert, aber auch die Würde derjenigen respektiert, die diesen Status nicht erhalten werden und unser Land verlassen müssen.